

Polnischer Bandalismus an der Weichsel.

Der Abbruch der Marienwerder Brücke im Gange. — Als Ersatz eine Fähre. Schwerste Schäden für die Bevölkerung.

Die Eisenbahn- und Chauffeubrücke bei Marienwerder-Münsterwalde (Vpr.) über die Weichsel wurde in den Jahren 1907 bis 1909 mit einem Kostenaufwand von 9 Millionen Mark erbaut und hat eine Länge von 1058 Meter. Eine der größten ihrer Art, nahm sie die Eisenbahnlinie Schmentau-Marienwerder und neben dieser, durch ein Gitter getrennt, eine zweispurige Fahrstraße nach Krähnenberg auf. Infolge der Grenzfestlegung durch das Tislat von Versailles wurde sie in ihrer ganzen Länge, einschließlich einem einige Dektar großen Vorgelände auf dem östlichen (rechten, d. h. bei Deutschland verbliebenen) Vorgelände,

als „Brückenkopf“ an Polen abgetreten.

Der Eisenbahnverkehr mußte eingestellt werden. Daher dient diese Brücke heute nur dem Kraftwagen-, Fuhrwerks- und Fußgängerverkehr. Sie ist die einzige Brücke, die die Verbindung zwischen Ostpreußen und Polen über die Weichsel herstellt. Die polnische Regierung hat bekanntlich vor kurzem dem deutschen Auswärtigen Amt mitgeteilt, die über diese Brücke führende Zollstraße zu schließen, angeblich, weil der Verkehr über diesen Grenzübergang in keinem Verhältnis zu den Kosten der Unterhaltung der Grenz- und Zollbehörden stünde; gleichzeitig teilte sie mit, daß die Brücke beseitigt werden solle. Tatsächlich sind die Abbrucharbeiten seit längerer Zeit im vollen Gange. In der Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1927 haben insgesamt 6976 Personen, 2437 Kraftwagen und Fuhrwerke sowie 1142 Fahrräder diesen Grenzübergang benutzt, während bei den nächstgelegenen Grenzübergangsstellen im gleichen Zeitraum die entsprechenden Zahlen nur 2178 bzw. 213 Personen betragen; an letzteren Uebergangsstellen fand ein Kraftwagen- und Fuhrwerksverkehr gar nicht statt. Die Beseitigung der einzigen von Ostpreußen über die Weichsel führenden Brücke würde die schwersten Folgen haben. Die durch den Generalinspektor für die gemeinsame deutsch-polnische Deichverwaltung zu treffenden

Abwehrmaßnahmen bei Gochwasser und Eisgang werden unmöglich gemacht,

und die hinsichtlich des gemeinsamen Deichschutzes von Deutschland und Polen getroffenen Abmachungen würden gerade im Augenblick höchster Gefahr unbrauchbar werden. — Auch die polnische Bevölkerung, insbesondere der Kreise Reine und Schweg, würde unter den gleichen Gefahren wie die deutsche Niederungsbevölkerung leiden; sie fühlt aber auch, daß die wirtschaftlichen Beziehungen zu Ostpreußen auf unabsehbare Zeit, insbesondere hinsichtlich des Eisenbahnverkehrs, unterbrochen werden würden. — Die Bewohner der auf dem rechten Weichselufer liegenden, polnisch gewordenen fünf Dörfer (Johannisdorf, Aufendich, Neuliebenau, Kramershof, Kriemfeld) sind bei Gochwasser und Eisgang von Polen und damit von ihren Behörden und Städten ihres kulturellen und öffentlichen Lebens völlig abgeschnitten, wie dies beispielsweise im Winter 1925 der Fall war; auch von ärztlicher Hilfe war die Bevölkerung abgeschnitten.

Der Abbruch der Eisenbahn- und Chauffeubrücke bei Marienwerder-Münsterwalde über die Weichsel wird daher nicht nur die deutsche, sondern auch die polnische Verkehrs- und die beiderseitigen Bewohner des dazugehörigen Hinterlandes auf das schwerste schädigen. Ein Kunstwerk deutscher Technik, ja ein Kulturwert ersten Ranges soll durch ein unzulängliches, primitives polnisches Hilfsmittel — eine Fähre — ersetzt werden! Es muß mit allen Mitteln angestrebt werden, die polnische Regierung von der Durchführung ihrer Absicht, diese Brücke über die Weichsel zu beseitigen, abzuhalten.

Reichstagsinterpellation der D. N. B. P.

Berlin, 16. Juni. Die Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei hat im Reichstage folgende Interpellation eingebracht: Zeitungsberichten zufolge soll die in den Jahren 1907/1909 bei Münsterwalde erbaute Weichselbrücke von den Polen abgetreten werden. Dadurch wird ein geregelter Grenzverkehr unmöglich, insbesondere bei Gochwasser und Eisgang. Der Verkehr wird durch den Abbruch der Brücke aufs schwerste gefährdet. Der westpreussische Grenzbevölkerung hat sich durch diese Bedrohung ihrer Existenz eine große Erregung bemächtigt. Sie erwartet von der Reichsregierung Schutz und Hilfe. Welche Maßnahmen gedenkt die Reichsregierung zu ergreifen, um den Abbruch der Weichselbrücke bei Münsterwalde zu verhindern?

Neuer Terrorakt in Oberschlesien.

Kattowitz, 16. Juni. In einem Gasthaus in Oteraskowitz wurde durch Aufständische eine vom Vorsitzenden des Aufständischen Verbandes unterzeichnete Bekanntmachung ausgeteilt, der das Singen von deutschen Liedern in diesem Lokal verboten wird. Der Gastwirt mußte sich diesem widerrechtlichen Eingriff der „Rebellenregierung“ gefallen lassen, da ihm im Weigerungsfalle mit Konfiskation bedroht wurde. Die Polizeistunde für sein Lokal ist erst vor einer Woche wegen Singens deutscher Lieder beschränkt worden.

Kattowitz, 15. Juni. In Tarnowitz wurden fünf Anapyschäftsbeamte, die bereits über 20 Jahre bei der Anapyschäftsverwaltung tätig sind und vielfache Familien haben, nach dem Kreise Abnisk trafversetzt, weil sie ihre Kinder in die deutsche Minderheitenschule schickten. Die Anapyschäftsverwaltung an ihrem neuen Dienstort wurde aber angewiesen, diesen fünf Beamten keine Wohnung und Verpflegung zu gewähren, wodurch die Beamten zur Führung eines doppelten Haushalts gezwungen werden sollen, in der Hoffnung, daß sie später wegen Aussichtslosigkeit der Wohnungsbefreiung den Dienst vollständig aufgeben.

Bier Städte von Wasserfluten bedroht.

Gefährlicher Dambruch in Arkansas.

Newport (Arkansas), 16. Juni. Der White River hat etwa 16 Kilometer südlich von Newport einen Damm durchbrochen und weite Flächen überschwemmt. Bier Städte sind durch die Fluten bedroht. Die Bevölkerung sucht sich in Sicherheit zu bringen. (W. T. B.)

Sieben Streckenarbeiter vom Zuge getötet.

Kattowitz, 16. Juni. Auf der Eisenbahnstrecke zwischen Bendzin und Dombrowa hat sich ein schweres Unglück ereignet. Dort fuhr ein Güterzug mit voller Geschwindigkeit in eine Bahnarbeitergruppe hinein, die einem aus entgegengesetzter Richtung kommenden Zuge ausweichen wollte. Sechs Arbeiter wurden auf der Stelle getötet. Ein weiterer Arbeiter, der die Weichselgegenwart besah, sah neben das Gleis zu werfen, wurde so schwer verletzt, daß er auf dem Transport zum Krankenhaus verstarb. Die Untersuchung ergab,

daß den Lokomotivführer keine Schuld trifft, da die Strecke an der Unglücksstelle sehr unübersichtlich ist. Die Schuld dürfte den Lokomotivführer treffen, der, allem Anschein nach, nicht die nötigen Vorsichtsmaßnahmen getroffen hatte.

Eine Windhose vernichtet drei Dörfer.

Tote und Schwerverletzte.

Pemberg, 16. Juni. Das Gebiet von Nieszow wurde am Freitag von einem furchtbaren Unwetter heimgesucht, das ungeheuren Schaden anrichtete. Eine 14 Kilometer breite Windhose, die große Mengen Sand mit sich führte, vernichtete drei Dörfer vollständig. Erst Bauernschiffe mit lebendem und totem Inventar wurden zerstört, wobei drei Personen ums Leben kamen und zehn schwer verletzt wurden. Das Schulhaus mit der gesamten Einrichtung ist vollständig verschwunden. Die Saaten sind kilometerweit niedergewalzt und verschüttet. Auch weite Strecken Wald wurden vernichtet.

Rings um Deutschland die Bölder in Waffen.

„Rüstung oder Abrüstung?“

Berlin, 16. Juni. Dem Reichstag ist jetzt eine Denkschrift der Reichszentrale für Wehrdienst mit dem Titel „Rüstung oder Abrüstung?“ zugegangen, die beachtenswertes Material zur Frage der Abrüstung enthält. Zunächst wird Deutschlands Abrüstung dokumentarisch belegt, und es wird festgestellt, daß bisher folgendes Decreesgerät abgeliefert, zerstört, abgewradt oder versenkt worden ist: 6 Millionen Handfeuerwaffen, 107 000 Maschinengewehre, 89 000 Geschütze und Minenwerfer, fast 30 Millionen geladene Artilleriegeschosse, über 300 000 Tonnen ungeladene Artilleriemunition und dergleichen, 16,5 Millionen Handgranaten usw., 478 Millionen Handwaffenmunition, 87 000 Tonnen Pulver, über 14 000 Flugzeuge, nahezu 28 000 Flugzeugmotoren, 26 Großkampfschiffe, 4 Küstpanzer, 19 kleine Kreuzer, 21 Schulschiffe, 88 Torpedoboote, 315 Unterseeboote.

Demgegenüber ist außerordentlich bedeutsam, den gegenwärtigen Rüstungsstand der großen und mittleren Mächte festzustellen. Die härteste Landrüstung hat, wie die der Denkschrift beigegebenen Darstellungen zeigen, Frankreich, dessen Decreesstärke im Frieden 700 000 Mann und im Kriege 4,5 Millionen Mann betragen hat. Dazu kommt an technischen Kampfmitteln ein Flugzeugbestand von 2200 sowie ein Tankbestand von 2500 Stück. Russlands Heer hat eine Friedensstärke von etwas über eine Million Mann, dagegen eine Kriegsstärke von 6 Millionen, Italien, das im Kriege über 3 1/2 Millionen Mann verfügen kann, besitzt 1300 Flugzeuge und 120 Tanks. Das englische Heer besitzt eine Kriegsstärke von 2 Millionen Mann, dazu 1291 Flugzeuge und etwa 330 Tanks. Selbst Polen, das im Frieden 260 000 Mann unter den Waffen hält, kann seine Kriegsstärke auf über 2 Millionen Mann erhöhen und besitzt außerdem 1000 Kriegsflyerzeuge und 220 Tanks, während bekanntlich Deutschland weder ein einziges Kriegsflyerzeug noch einen einzigen Tank in seinem kleinen 100 000-Mann-Heer zählen darf.

70. Geburtsstag des Schweden-Königs.

Stockholm, 16. Juni. Aus Anlaß des 70. Geburtstages des Königs Gustav prangt die schwedische Hauptstadt im Flaggenschmuck. In verschiedenen Kirchen fanden Festgottesdienste statt. Das Tagesprogramm reichte zahlreiche Guldigungen für den König vor. So u. a. die Heberreichtma einer Jubiläumsspende in Höhe von 4 Millionen Kronen.

Berlin, 16. Juni. Der Reichspräsident hat dem König von Schweden ein Glückwunschtelegramm gesandt. Das Auswärtige Amt hat durch Kartenabgabe in der schwedischen Gesandtschaft gratuliert.

Dr. Marx an den Verband der Rheinländer.

Berlin, 15. Juni. Reichsminister Dr. Marx hat in seiner Eigenschaft als Reichsminister für die besetzten Gebiete an den Präsidenten des kürzlich in Danzig tagenden Reichsverbandes der Rheinländer, Herrn Dr. Dr. Kaufmann, ein Telegramm gerichtet, in dem er namens der Reichsregierung herzlichste Grüße entbietet. Weiter heißt es: Ihre Tagung steht unter dem Leitgedanken der engen Schicksalsverbundenheit des deutschen Westens und Ostens. Möge die Einigkeit aller Deutschen, der dieser Leitgedanke gilt, dem Vaterlande eine bessere Zukunft bringen und den Tag der Befreiung unseres geliebten Rheinlandes bald leuchten lassen.

Anträge auf Abschaffung der Todesstrafe.

Berlin, 16. Juni. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat einen Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe eingebracht. Der beantragte Gesetzesentwurf lautet: § 1. Die Todesstrafe ist abgeschafft. § 2. In den Fällen, in denen das Gesetz Todesstrafe androht, tritt an ihre Stelle lebenslängliche Zuchthausstrafe. § 3. Das Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Von der demokratischen Fraktion liegt ebenfalls ein Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe vor.

lungen mit Absicht hinausgezögert hat, bis ihm eine deutsche Einköpfung bessere Chancen bietet, um die ostdeutsche Landwirtschaft mit seinen polnischen Schweinen und Kartoffeln abzuwürgen. Er treibt seine Hoffnung so weit, daß er dieser Regierung, bevor sie noch das Licht der Welt erblickt hat, entwürdigende Zusatzen stellen zu können glaubt, von denen er weiß, daß sie alle Deutschen, von den Schwarz-weiß-roten über die Schwarz-rot-goldenen bis zu den Anarkoten mit Entrüstung zurückweisen. Und er hat seine Unverschämtheit auf die Spitze getrieben, indem er, wie in der vorliegenden Ausgabe berichtet wird, auf deutschem Boden von einem Gelehrten Erklärungen abgeben ließ, die nach der Einstellung eine Abkühlung seiner Pariser Rede gegen Deutschland sein sollen, in Wirklichkeit aber eine vollinhaltliche Bestätigung derselben bedeuten. Wenn in Berlin eine aktionsfähige Regierung wäre, so hätte sie diese Ueberheblichkeit sofort und energisch abfertigen müssen; aber wir haben ja immer das Glück, daß wir in entscheidenden Momenten der Außenpolitik führerlos im Winde treiben. Gewiß ist Jaleskis Konstruktion, Polen vollenrechtlich in die Reihe der Besatzungsmächte einzugliedern und die Nahrung auch von Warthauer Bedingungen abhängig zu machen, auf den ersten Blick schon unhaltbar und unhaltbar. Es ist bezeichnend, daß Poln darüber nicht von zuständiger deutscher Stelle belehrt wird, sondern von englischer Seite, wie z. B. von der „Nation“, die klipp und klar feststellt, daß die falsche Auffassung, als ob Großbritannien, Frankreich und Belgien das Rheinland als Mandatarische aller ehemaligen alliierten und assoziierten Staaten belegen könnten, eine große politische Gefahr enthält. Daran würde folgen, daß die Engländer so lange in Weichseln bleiben müßten, als es Herr Jaleski im Interesse der polnischen Sicherheit für notwendig hält, eine Verpflichtung, die die britische Regierung auf keinen Fall anerkennen könne. Wir könnten mit einem geringfügigen Aufschub über diese neuen Theorien hinweggehen, wenn nicht die Lage dadurch gefährlich und kompliziert würde, daß Briand, der ewig Friedentreibende, nach unwiderprochen gebliebenen Meldungen der Auffassung Jaleskis beigepflichtet und ihm in diesem Sinne seine Unterstützung im West angedeutet hat. Es besteht also ein förmliches französisch-polnisches Komplott, das spätestens im Herbst im diplomatischen Konvent anklagen wird. Wie niedrig müssen doch diese Partner die nationale Widerstandsfähigkeit der ihnen dann entgegentretenden deutschen Staatsmänner einschätzen, wenn sie mit solch plumpen Mitteln an das Ziel ihrer Wünsche zu gelangen hoffen!

Bei der Gesamtheit des deutschen Volkes werden sie damit kein Glück haben. Denn eine Welle nationaler Empörung würde jede Regierung — helte sie nun Große oder Weimarer Koalition oder sonstige — unbarmherzig hinwegfegen an dem Tage, an dem sie nur einen Finger reichen würde zur Verwirklichung solcher Pläne. Nationales Interesse, wirtschaftliche Vernunft und kulturelle Selbstachtung machen den Schutz und die Wahrung der unzerstörlichen Rechte im Osten jedem Deutschen zu einer heiligen Aufgabe, an die er mit seinem Herzen glaubt. Von Memel über Königsberg und Danzig bis hinunter nach Polen und Kattowitz klaffen blutende Wunden der deutschen Ehre, als brennendes Gegenwartsproblem, als Schicksalsfrage der Zukunft. Polen hat dort durch Vocarno an Sicherheit bereits alles, was es verlangen kann, dadurch, daß die kriegerische Lösung der Grenzfragen ausgeschlossen ist. Aber die offengehaltenen Möglichkeiten politischer und wirtschaftlicher Aktion zur Abwandlung des deutsch-polnischen Verhältnisses mit dem Ziel einer Vereinigung dieser unmöglichen Zustände dürfen um keinen Preis der Welt verschlossen werden. Wir müssen uns dagegen wehren als ein Volk, das immer auf Freiheit und Unabhängigkeit hinarbeitet, das nie die jetzt ihm auferlegten Sklavenketten als unabänderliches Schicksal hin nimmt. Wir müssen uns dagegen auch wehren im Sinne einer wirklichen Friedenspolitik, denn es gibt kein größeres Friedenshindernis als das Territorialkapitel des Korridors und die Jerichuna Oberherrschaft. Erst wenn hier die verästelten Grenzen in Einklang gebracht sind mit den völkischen Gegebenheiten und mit der wirtschaftlichen Vernunft, kann der wahre Frieden über Europa kommen. Die Forderung im Westen haben wir zähneknirschend bald zehn Jahre getragen. Wir werden, wenn es nicht anders sein kann, auch die Geduldprobe weiterer zehn Jahre aushalten und dabei nichts verlieren, was wir nicht schon verloren haben. Aber die deutsche Zukunft im Osten werden wir nicht verkaufen um ein Fingerhut. Diese Gewißheit mag Herr Jaleski mit nach Warschau nehmen.

Dem deutschen Volke und den bürgerlichen Parteien im Reichstage muß dieser polnische Streich eine Lehre werden. Vocarno als Diktator in Paris, Baldwin als Leiter der Politik in London, Mussolini als Herr über Rom und Herr Müller als deutscher Führer in Berlin, das ist eine schlechte, eine schier unmögliche Gegenüberstellung. Was man draussen von der deutschen Sozialdemokratie für die Außenpolitik erwartet, haben wir gesehen. Den bürgerlichen Parteien, die sich mit ihr in einer Koalition verbinden, weil nun einmal in Deutschland reagiert werden muß, erwächst daraus die Aufgabe, dieser Regierung die außenpolitische Rückenstärkung zu geben gegen sozialistische Anwesenweidmna; der nationalen Opposition wird scharfe Kontrolle zur Pflicht. Sonst müßte das Volk selbst bald wieder ein Machtwort sprechen zu dem Thema: Einköpfung und Außenpolitik.

Ein Dementi Jaleskis, das eine Bestätigung ist.

Polnische Einköpfung der Pariser Abmachungen.

Gen, 16. Juni. Der polnische Außenminister Jaleski passierte auf der Reise von Paris nach Warschau in Begleitung seines Kabinettschefs das Ruhrgebiet. Ein Mitarbeiter der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ nahm diese Gelegenheit wahr, um sich unter Hinweis auf die Pariser Bankettrede Jaleskis über die Stellung des Ministers zur Räumungsfrage zu informieren. Dabei wurde ihm folgende Darstellung gegeben: Die Ausführungen des polnischen Außenministers sind in der französischen und in der deutschen Presse „entstellt wiedergegeben“ worden. Es ist mit Nachdruck festzustellen, daß Jaleski betonte, daß die Außenpolitik der polnischen Regierung durch die Wahrung der Garantien der Friedensverträge, die Polens territoriale Integrität und Sicherheit verbürgen, bestimmt ist. Ein Verzicht auf diese kostbaren Pfänder ohne entsprechende vollwertige Gegenleistungen könne Polen nicht gleichgültig sein. Wenn man mit den allgemeinen Ausführungen Jaleskis das Problem der Rheinlandräumung in Zusammenhang bringe, so sei der polnische Standpunkt der, daß an der Frage der Räumung des besetzten Gebietes Polen als Kontrahent des Versailles Vertrages in sehr erheblichem Maße beteiligt sei. Die polnische Regierung sei keinesfalls grundsätzlich gegen eine vorzeitige Rheinlandräumung bei entsprechenden vollwertigen Gegenleistungen. (1) Die polnische Regierung habe nach wie vor den aufrichtigen Willen, sich mit seinem deutschen Nachbarstaat zu verständigen. Wie ernst es ihr mit dieser Verständigung sei, kennzeichne die Ernennung Anolls, der im kaiserlichen Deutschland einen hohen Verwaltungsposten in Polen bekleidete, zum künftigen Gesandten der Republik in Berlin. (W. T. B.)

Immer wieder Mik-Cavell-Film. Der deutsche Generalinspektor in Kalkutta hat beim Filmzensorenrat von Bengalen gegen die Vorführung des Mik-Cavell-Films Einspruch erhoben.

Behagliches Wohnen durch unsere



TAPETEN

auch Tekko, Salubra, Künstlertapeten nach Entwürfen von Jaeger, Poetter, Peche u. a. in reicher Auswahl

Waisenhausstraße 10
Ruf 18488

F. Schade & Co
gegenüber Kaffee König

Linoleum in großer Auswahl

Bis 30% billiger
wegen Geschäftsverlegung nach Ferdinandstraße 3

Gardinen-Erler
Waisenhausstraße 19